

Alois Glück

Präsident des Bayerischen Landtages

**Rede im Rahmen einer Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung - Gemeinschaftsaufgabe
Bürgergesellschaft - Plädoyer für Verantwortung und Subsidiarität 23.11.2001**

Wenn wir von Bürgergesellschaft sprechen, begegnen wir häufig ganz unterschiedlichen Vorstellungen und Akzentsetzungen. Besondere Bedeutung im Konzept der Bürgergesellschaft kommt dem bürgerschaftlichen Engagement zu, das auch den Bereich des traditionellen Ehrenamtes mit einschließt. Andere dagegen sehen den Schwerpunkt des Konzepts der Bürgergesellschaft in erweiterten Mitsprachemöglichkeiten der Bürger im demokratischen Prozess.

Ausgehend von einer kritischen Analyse der inneren Verfasstheit unseres Gemeinwesens habe ich mich dem Thema vor vier Jahren mit der Absicht genähert, Wege zu einer neuen sozialen Bürgerkultur aufzuzeigen. Im Verlauf der Diskussion in der CSU habe ich mich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Grundsatzkommission um einen Ansatz bemüht, der über den Bereich des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements hinausweist. Von großer Bedeutung war dabei das Beispiel Baden-Württembergs, wo sich die Politik schon sehr frühzeitig intensiv und systematisch mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat. Verwiesen sei dabei auf die Geislingen-Studie und was sich in der Folgezeit daraus entwickelt hat.

Zunächst möchte ich auf eine eigenartige Widersprüchlichkeit eingehen. Auch wenn wir immer mehr Geld für den Sozialstaat aufbringen, leiden die Menschen doch stärker als je zuvor unter sozialer Kälte, die sich in einer wachsenden Zahl physisch Kranker, verhaltensgestörter Kinder, einsamer Menschen und einer zunehmenden Gewaltbereitschaft manifestiert. Daraus erwächst die Erkenntnis, dass sich die Probleme nicht lösen lassen, indem wir noch mehr Geld in den klassischen Sozialstaat investieren, sondern wir vielmehr sogar Gefahr laufen, sie damit noch zu verschärfen. Ebenso wenig genügt es, sich im Kontext der Bürgergesellschaft nur dem Teilbereich bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen des Ehrenamtes zu widmen.

Statt dessen bedarf es eines durchgängigen gesellschaftspolitischen Ansatzes, den wir als Aktive Bürgergesellschaft bezeichnen. Alle Maßnahmen unserer Politik müssen darauf abzielen, Anreize zu geben und Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Menschen aktiviert werden und ihre Möglichkeiten entfalten können. Die Aktive Bürgergesellschaft öffnet uns einen Weg, auf dem unser Land sowohl leistungsfähiger als auch menschlicher wird. Sie hilft uns, eine Weltsicht zu überwinden, in der die meisten unserer Mitbürger davon ausgehen, dass diese Welt zwangsläufig und unaufhaltsam immer härter und immer kälter werden müsse.

Seit Jahren zeigen sich rund siebzig Prozent der Bürger in Meinungsumfragen überzeugt, dass Reformen unumgänglich seien. Gleichzeitig glaubt eine ähnlich große Mehrheit der Bevölkerung, von Reformen nichts Gutes erhoffen zu dürfen. Aus diesem Empfinden heraus erwächst eine der größten innenpolitischen Blockaden. In dieser Situation müssen wir nach politischen Wegen suchen, auf denen sich zwei gleichrangige Ziele zugleich verwirklichen lassen. Einerseits bedarf es bestmöglicher Bedingungen für die Förderung von Innovationskraft in unserem Land, wobei wir uns nicht nur auf Technik und Ökonomie beschränken dürfen, sondern alle Lebensbereiche einbeziehen müssen. Nicht weniger wichtig ist es jedoch, die innere Stabilität von Gesellschaft und Staat zu stärken. Würden wir dagegen als Antwort auf bestehende Verkrustungen nur die Innovationskraft fördern, könnte dies sehr rasch zu einem massiven Auseinanderdriften der Gesellschaft und damit zu gesellschaftlicher Destabilisierung führen.

Grundlage für den Entwurf einer Aktiven Bürgergesellschaft war die gegebene gesellschaftspolitische Situation und unsere Vorstellung davon, was das Ziel von Veränderungen sein müsse. Die Aktive Bürgergesellschaft ist ein umfassendes gesellschaftspolitisches Konzept, zu dessen Beschreibung sich am ehesten das Bild eines Hauses eignet. Wenn man ein Haus errichten möchte, sollte man vernünftigerweise versuchen, auf ein gutes Fundament zu bauen. Das Fundament der Aktiven Bürgergesellschaft ist eine Wertegrundlage für politisches Handeln, die in ihrem Kern vom Menschenbild bestimmt wird. Schließlich ist für jedes politische Handeln

bewusst oder unbewusst das Menschenbild von ausschlaggebender Bedeutung.

Grundlage unseres Wertefundaments ist das christliche Menschenbild als europäischer Traditionsstrang, der zudem durch Aufklärung, Humanismus und andere geistige Bewegungen geprägt wurde. Als Kernstück des christlichen Menschenverständnisses begreifen wir, dass der Mensch Ebenbild Gottes ist. Ich möchte an zwei Beispielen verdeutlichen, warum diese tiefe Überzeugung den entscheidenden Kompass für unser gesellschaftspolitisches Programm und politisches Handeln bietet. Werfen wir zunächst einen Blick auf die Gewaltproblematik. Das christliche Menschenbild kennt keine unterschiedliche Wertigkeit des Menschen gemäß seiner Leistungsfähigkeit, nach Alter, Rasse oder körperlicher Konstitution und verweigert sich einem Denken in Kategorien, die den Menschen allein auf seine "Nützlichkeit" reduzieren.

Gewalt hat ihre Ursache meist darin, dass der andere nicht als gleichwertig anerkannt wird. Solange sich der Gegenüber auf gleicher Augenhöhe befindet, hindern natürliche Hemmungen an der Gewaltanwendung. Gewalt beginnt bereits im Kindesalter: früher war die Gewaltdimension unbekannt, die heute schon in Kindergärten und Schulen alltäglich zu sein scheint. Niemand hätte damals einem Gegner, der am Boden lag, mit dem Stiefel ins Gesicht zu treten gewagt. Wo aber grundsätzliche Akzeptanz des anderen fehlt, können sich Prozesse verselbständigen, denen wir wie im Falle der ethischen Säuberung fassungslos gegenüberstehen.

Auch bei einem anderen Thema, das uns gegenwärtig fordert, ist das personale Menschenbild von größter Relevanz. Im Hinblick auf Biotechnologie, Gentechnik und Biomedizin stellt sich die Frage, welches Bild vom Menschen unser Handeln bestimmt und wie wir Menschenwürde definieren. Aber auch in der Rechtspolitik, der Sozialpolitik und bei der Konzeption von Bildungspolitik erweist es sich als entscheidendes Kriterium. Solange manche Entscheidungsträger einem Menschenbild anhängen, dem zufolge der Mensch primär das Produkt seiner Umgebung ist, wird die Eigenverantwortung nicht den Stellenwert erhalten, den sie verdient.

Auf dem Fundament des christlichen Menschenbildes entsteht das Haus der Aktiven Bürgergesellschaft mit vier Säulen einer neuen Kultur der Verantwortung. Die erste Säule besteht aus dem Prinzip des Vorrangs der Eigenverantwortung, und damit der Verpflichtung, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Gerade im Hinblick auf den Begriff der Eigenverantwortung hat Politik großen Schaden angerichtet, als sie ihn bevorzugt dann gebrauchte, wenn es um finanzielle Einsparungen ging. Dies hatte zur Folge, dass die Menschen den Begriff Eigenverantwortung in erster Linie und beinahe ausschließlich mit Eigenleistung assoziieren.

Je mehr der Mensch in der Lage ist, sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten, um so mehr entwickelt er sich, gelingt ihm "Menschsein" im eigentlichen Sinne. Dies verlangt natürlich auch Anstrengung. Für den Primat der Eigenverantwortung bedarf es daher einer umfassenden positiven Begründung. Schließlich hat eine Grundeinstellung, die eigenverantwortlichem Handeln Priorität zumisst, auch gesellschaftspolitische Konsequenzen, die sich in dem Satz verdichten lassen: "Was der Einzelne zumutbar selbst leisten kann, muss er selbst leisten".

Wenn wir eine neue Kultur der Eigenverantwortung anstreben, darf sich diese nicht nur auf den Bereich der Sozialhilfe beschränken. Vielmehr muss sie als Maßstab für alle und in allen Lebensbereichen gelten. Bestehende Blockaden würden aufgelöst, wenn die Kultur der Eigenverantwortung zum verbindlichen Maßstab unseres Handelns, zu einer allgemein akzeptierten Regel würde. Leistungsfähigen würde mehr abverlangt, den Schwachen weniger, aber selbst die Schwächsten sind meist noch in der Lage, etwas in die Gesellschaft einzubringen. Die zweite Säule beinhaltet die Aufforderung, Verantwortung für die Mitmenschen zu übernehmen. Für gläubige Christen ist dies selbstverständlich, entspricht es doch dem Kern ihres Glaubens im Sinne von Nächstenliebe. Aber auch für andere gilt, dass der Mensch Sinn für sein Leben erst durch die Hinwendung zu Aufgaben oder zu anderen Menschen findet, wie es Viktor Frank so anschaulich formuliert hat. Die Kultur der Verantwortung bietet eine Alternative zu einem Verständnis von Selbstverwirklichung, das primär auf sich selbst fixiert ist, Freiheiten einfordert, die Übernahme von Verpflichtungen aber gerne den anderen überlässt. Nichts hat unser Land von innen so sehr verändert wie dieses Missverständnis von Selbstverwirklichung. In einem positiven Sinne heißt Selbstverwirklichung dagegen, an sich zu arbeiten, sich selbst und die eigenen Grenzen anzunehmen und sich für andere zu engagieren.

Jeder Mensch verdankt seine Entwicklung der Zuwendung anderer Menschen. Im Sinne des Prinzips Gegenseitigkeit erscheint es mir daher legitim, dass derjenige, der etwas erhalten hat, verpflichtet ist, im Rahmen seiner Möglichkeiten auch etwas zurückzugeben. Dem entgegen steht das Beispiel sogenannter "cleverer" Menschen, die mit möglichst wenig Anstrengung möglichst viel herauszuholen suchen. Ihnen sei ein Satz ins Stammbuch geschrieben, den ich vor mehr als zehn Jahren einmal in einem kleinen Bucheinmerk entdeckt habe, und der mich seitdem begleitet hat. Er stammt von Hans Balser, einem Oberstudiendirektor aus Schleswig-Holstein und lautet: "Die Welt lebt von den Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht".

Es wäre kaum vorstellbar, auf das, was die freiwillig Engagierten in das Gemeinschaftsleben einbringen, verzichten zu müssen. Gerade in Bayern ist das Vereinsleben überaus fruchtbar und lebendig. Damit verfügt der Freistaat über ein außergewöhnliches Sozialkapital. Gleichzeitig sind jedoch immer weniger Menschen bereit, bei Vorstandswahlen zu kandidieren. Sicherlich waren die Menschen in früheren Zeiten nicht idealistischer als sie es heutzutage sind, auch wenn die ländliche Welt mit wachsendem zeitlichen Abstand glorifiziert wird - dennoch galt es früher doch als sozialer Aufstieg, etwa zum Vereinsvorsitzenden gewählt zu werden.

Jeder Mensch sucht und braucht Anerkennung. Deshalb ist es unerlässlich, eine zeitgemäße Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement zu entwickeln. Gerade im kommunalen Bereich und in der Arbeitswelt bieten sich zahlreiche Möglichkeiten dafür. Eine Umfrage der Diözesanstelle der Katholischen Jugend Augsburg bei Personalleitern in der Region hat ergeben, dass diese es begrüßen, wenn junge Bewerber in einer Jugendgruppe aktiv sind. Daraufhin haben die befragten Personalchefs gemeinsam einen Fragebogen entwickelt, der helfen soll, im Bewerbungsschreiben Engagement angemessen darzustellen. Es wäre begrüßenswert, wenn die Repräsentanten unserer Wirtschaft jungen Menschen generell signalisieren würden, dass der frühzeitige Erwerb von Sozialkompetenz auch im Berufsleben von Nutzen ist.

Häufig erwecken unsere Äußerungen zum Ehrenamt den Eindruck, dass dieses Engagement ungemein viel Anstrengung erfordere - um dann verwundert festzustellen, dass sich nur noch wenige der Herausforderung stellen wollen. Derartige Aussagen, die dem Gesprächspartner oft nur den eigenen Idealismus glaubhaft machen sollen, wirken nicht nur abschreckend, sondern verschweigen auch einen Teil der Wahrheit. Denn wer sich engagiert, gewinnt! Viele ehrenamtlich Engagierte werden im Rückblick bestätigen, dass ihr Einsatz zwar auch Belastung war, sie aber auf diese Weise Fähigkeiten erworben haben, die sie anderweitig wohl nicht entwickelt hätten. Sie haben gelernt zu organisieren, vor Publikum zu sprechen, Kontakte gewonnen und auf diese Weise ihren Horizont erweitert. All dies ist eine große Bereicherung, die als solche auch anderen zu vermitteln ist als Ermutigung, sich ebenfalls zu engagieren.

Die dritte Säule des Hauses Aktive Bürgergesellschaft fußt auf der Mitverantwortung für das Gemeinwesen. Es gilt, den Staat oder die Kommune nicht nur als Dienstleistungsbetrieb, sondern als uns allen gemeinsame Angelegenheit zu begreifen. Der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Heribert Thallmair, hat in einem Beitrag für den Sammelband "Neue Wege in der Kommunalpolitik" zeitgemäße Entwicklung in der Kommunalpolitik beschrieben: früher nur in Gestalt der Gemeindebehörde wahrgenommen, durfte es bereits als großer Fortschritt gelten, dass sich die Kommunalverwaltung zum kundenorientierten Dienstleistungsbetrieb gewandelt hat. Allerdings begriffen sich Kommunen und Bürger noch immer als Gegenüber, war das Ziel der Bürgerkommune noch nicht erreicht. Wenn wir aber die Aktive Bürgergesellschaft verwirklichen wollen, müssen die Politik und ihre Repräsentanten bereit sein, ein neues Rollenverständnis zu akzeptieren, dem Bürger Freiräume gewähren, sich ein Stück zurücknehmen - und gleichwohl ihrer Verantwortung als Mandatsträger gerecht werden.

Im Kommunalen lebt die Bürgergesellschaft vom Gemeinschaftsleben, denn je stärker die sozialen Kontakte ausgeprägt sind, um so stabiler präsentiert sich die innere Verfassung unserer modernen Gesellschaft. Aus diesem Grund wäre es verfehlt, die - sicherlich notwendigen - Mittelkürzungen bevorzugt bei den sogenannten freiwilligen Leistungen vorzunehmen. Warum nicht lieber etwas weniger perfekt bauen, als Bereichen wie der Kultur, dem Sport oder den Sozialeinrichtungen Gelder zu entziehen? Das bei Bauprojekten eingesparte Geld könnte dafür verwendet werden, die Bürger zusammenzuführen, um so der zunehmenden Vereinsamung vieler Menschen und einer drohenden Auflösung sozialer Strukturen zu begegnen.

Trotz aller damit verbundenen Einschränkungen für die Politik gilt es ein neues Verhältnis in der Zusammenarbeit von Bürgern und Mandatsträgern zu entwickeln. Menschen, die sich in der Arbeitswelt nicht mehr als Untergebene, sondern als Mitarbeiter erfahren, fordern ein entsprechendes Verständnis in zunehmendem Maße auch von der Politik und den Verwaltungen ein. Bleiben sie darin erfolglos, werden sie entweder resignieren oder rebellieren. Es bedarf demnach eines neuen Rollenbewusstseins, eines veränderten Selbstverständnisses der Politik. In der Wirtschaft sind die Zeiten autoritärer Führung unwiederbringlich vorüber - als erfolgreich erweisen sich jene Betriebe, die es schaffen, das Potenzial ihrer Mitarbeiter optimal zur Entfaltung zu bringen. Die politisch Verantwortlichen müssen sich daher - nach dem Vorbild von Schulungen in der Wirtschaft - Methoden aneignen, wie mit Bürgern angemessen umzugehen ist, sie einzubeziehen und dennoch die notwendigen Entscheidungen zu treffen sind.

Beispiele dafür gibt es zur Genüge. In Regensburg wurden Menschen, nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, zur Mitarbeit an bestimmten Projekten eingeladen. Den betroffenen Firmen wurde die entgangene Arbeitsleistung ihrer Mitarbeiter finanziell erstattet. Der Oberbürgermeister der Stadt zeigte sich begeistert von der Motivation der ausgewählten Projektmitarbeiter, dem außergewöhnlichen Interesse an einer Mitarbeit und den erzielten Ergebnissen. Abgelehnt wird dieses System dagegen von jenen gesellschaftlichen Minderheiten, die häufig gerade im Rahmen von Bürgerinitiativen sehr bestimmend auftreten. Praktizierte Bürgergesellschaft ist eine große Herausforderung für die Politik - nicht nur auf kommunaler Ebene.

Die vierte Säule umschreibt das Prinzip Nachhaltigkeit und bringt damit die Notwendigkeit zum Ausdruck, Mitverantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Diese konkretisiert sich im Umgang mit der Problematik der wachsenden Verschuldung, dem System der Alterssicherung und in Fragen der Ökologie. Im Hinblick auf das Prinzip Nachhaltigkeit darf es aber nicht nur beim individuellen Appell an die Gesinnung bleiben - wir benötigen Strukturen, in denen sich Mitverantwortung entfalten kann. In der Wirtschaft genügt es zur Durchsetzung einer neuen Unternehmenskultur nicht, nur an die Verantwortung ihrer Mitarbeiter zu appellieren, sondern es müssen Strukturen geschaffen werden, in denen sich diese entfalten kann. Das geeignete Strukturprinzip für den modernen Staat liegt im konsequent angewandten Subsidiaritätsprinzips. Es verlangt den Vorrang der kleineren Einheit, der bürgerlichen Initiative gegenüber der Verantwortung der öffentlichen Hand, wo immer das sachgerecht und vertretbar erscheint.

Obwohl sich viele Entscheidungsträger für das Subsidiaritätsprinzip aussprechen, wird es jedoch nur selten angewandt, weil das Denken noch immer zu sehr "sozialisiert" ist. Als Beleg dafür mag eine Szene aus dem Kommunalwahlkampf in einer Gemeinde nahe Münchens dienen. Als dort die Errichtung eines Seniorenheims zur Debatte stand und ein privater Träger den Bauauftrag erhielt, fragten auch CSU-Mitglieder und Wähler, warum dies nicht die Gemeinde übernehme. Allzu tief ist die Vorstellung verankert, Gemeinwohlorientierung erfordere ein Engagement der öffentlichen Hand. Dieses veraltete Denkschema gilt es aufzubrechen, wenn wir die Probleme unserer Gesellschaft lösen wollen. Indem es Bürgern neuen Freiraum gewährt, impliziert das Subsidiaritätsprinzip Machtverzicht. Deshalb wird es zwar als prinzipiell sinnvoll anerkannt, im konkreten Fall jedoch häufig als nicht geeignet verworfen.

Die Gründe für die Abwehrhaltung gegenüber dem Subsidiaritätsprinzip sind urmenschlich. Schließlich gibt niemand gerne Möglichkeiten der Gestaltung und Einflussnahme auf. Unabhängig davon dürfen Strukturfragen nicht länger als Machtfragen diskutiert, sondern müssen auf ihre Zukunftsfähigkeit hin überprüft werden. Nur dort, wo es Wettbewerb gibt und diejenigen, die sich Innovationen verweigern, auf der Strecke bleiben, werden sich zukunftsfähige Strukturen entwickeln können. Der Trend in Richtung Dezentralisierung und größerer Autonomie auch kleinerer Einheiten im Rahmen einheitlicher Vorgaben ist unübersehbar.

Das Subsidiaritätsprinzip sollte durchgängig in allen Lebensbereichen gelten, ob in der Schulpolitik oder in der Sozialpolitik. Aus dieser Überzeugung resultiert der Gedanke des aktivierenden Sozialstaats. Er verlangt, das gesamte Fördersystem des Sozialstaats daraufhin zu überprüfen, welche Anreize für den Einzelnen bestehen, sich gesamtgesellschaftlich wunschgemäß zu verhalten. Schließlich ist es ein Widerspruch in sich, wie Professor Homann festgestellt hat, an Menschen zu appellieren, gleichzeitig aber Rahmenbedingungen zu setzen, die sie zu entgegengesetztem Verhalten veranlassen, wenn sie ihre Interessen wahren wollen.

Die Politik muss stets bemüht sein, sowohl die Innovationskraft zu fördern als auch die innere, auf Werten, Gemeinschaft und Traditionen beruhende Stabilität zu gewährleisten. Allein das Subsidiaritätsprinzip wird beiden Aufgaben gleichermaßen gerecht. Es schafft ideale Rahmenbedingungen für einen Wettbewerb der Ideen und Initiativen, für den das Potential zwar vorhanden ist, der sich aber erst noch entfalten muss. Die aus dem Subsidiaritätsprinzip folgende Transparenz ermutigt den Einzelnen zur Übernahme von Verantwortung. Denn solange die Dinge anonym und undurchschaubar sind, zweifelt mancher daran, ob sein Verhalten irgendetwas - beispielsweise an den Problemen des Gesundheitswesens - zu ändern vermag.